

Frauengesundheit ist eines der Themen, denen hier in Berlin zukünftig besondere Aufmerksamkeit zukommen wird:

Frauen haben andere gesundheitliche Risiken, Krisen und Rollenerwartungen zu bewältigen als Männer. Sie sind ungleich häufiger Opfer von Gewalt und sexuellem Missbrauch.

Gewalt ist eines der größten gesundheitlichen Risiken für Frauen mit Langzeit und Spätfolgen, die einer besonderen gesundheitlichen Versorgung bedürfen. Eine nachhaltige Etablierung einer geschlechtersensiblen, frauenspezifischen Gesundheitsversorgung, die diese Erkenntnisse in das Gesundheitswesen integriert, befindet sich erst in den Anfängen.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Berliner Senatorin für Gesundheit, Frau Dr. Knake-Werner, die Staatssekretärin für Frauen, Frau Prof. Dr. Nickel und die im Netzwerk Frauengesundheit Berlin organisierten Fachfrauen am 4.7.2002 zu maßgeblichen Themen frauengerechter Gesundheitsförderung und –versorgung auf eine enge Kooperation verständigt.

Im Mittelpunkt gemeinsamer Aktivitäten stehen zunächst Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Gewalt betroffener Frauen in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens, die Unterstützung der Qualitätsverbesserung bei der Brustkrebsfrüherkennung sowie der kurativen Mammografie und der Ausbau der Frauengesundheitsberichterstattung für Berlin zu einem handlungs- und wirkungsorientierten Arbeitsinstrument.

Die Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Dr. Heidi Knake –Werner, die Staatssekretärin für Frauen, Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel und das Netzwerk Frauengesundheit Berlin erklären hierzu:

„Geschlechtsspezifische Gesundheitsförderung und -versorgung sind bisher in Berlin noch unterbewertet. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Blick auf die unterschiedlichen gesundheitlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern, geschlechtsspezifische Ausprägungen von Krankheiten und deren Behandlung geschärft wird. Die verabredete Kooperation zwischen Politik und Netzwerk – Gestaltungskraft und Fachkompetenz – soll dazu beitragen.

Eine geschlechtersensible Gesundheitspolitik kann nur dann in den Strukturen von Verwaltung und Gesundheitswesen Fuß fassen, wenn ein Sensibilisierungsprozess auf allen Ebenen stattfindet. Die vom Senat beschlossene Implementierung des Gender Mainstreaming in allen Berliner Verwaltungen ist hierzu ein hervorragendes Instrument.“